

Manfred H. Wiegandt

Die Geister, die du gerufen

Das Trump-Dilemma der Republikaner

Im US-Vorwahlkampf machen Anti-Establishment-Kandidaten den etablierten Politikern bzw. Politikerinnen das Leben schwer. Wer hätte gedacht, dass in einem Land, in dem Sozialismus fast ein Schimpfwort ist, der sich offen als demokratischer Sozialist bezeichnende Senator von Vermont, Bernie Sanders, die klare Favoritin der Demokratischen Partei Hillary Clinton zwingen würde, um jede Delegiertenstimme für den Nominierungsparteitag zu kämpfen?

Was sich im demokratischen Lager abspielt, war bisher jedoch eine relativ zivi- lisierte Auseinandersetzung. Ganz anders das Bild bei den Republikanern. Das Feld der ernsthaften Kandidaten war zwar zuletzt von einem guten Dutzend auf nur noch drei (Donald Trump, Ted Cruz und John Kasich) geschrumpft. Nicht vorauszusehen war aber, dass der als Schwergewicht eingeschätzte frühere Gouverneur von Florida, Jeb Bush, schon frühzeitig die Segel würde streichen müssen. Er war das wohl promi- nenteste Opfer des Shootingstars unter den republikanischen Kandidaten, des Multi- milliardärs Donald Trump, der, bevor er in das Rennen einstieg, der amerikanischen Öffentlichkeit allenfalls als Baulöwe und Protagonist seiner eigenen TV-Realityshow bekannt war.

Bei seinen Auftritten präsentiert sich Trump als Kandidat, der mit dem Washing- toner Sumpf und den Wahlkampfgeldgebern, denen es nur um ihre Einzelinteressen geht, nichts zu tun hat. Er nimmt keine großen Wahlkampfspenden an, sondern fi- nanziert seine Kampagne fast vollständig aus eigenen Mitteln. Mit seinem Anti- Washington-/Anti-Establishment-Ansatz schwimmt Trump auf einer Welle, die ge- rade von den Republikanern gefördert, wenn nicht kreiert worden ist. Seit Jahren hört man dort das Argument, dass »Washington«, sprich »der Staat«, die Wurzel allen Übels sei, besonders – so sollte man ergänzen – wenn ein Angehöriger der anderen Partei im Weißen Haus sitzt.

Was man schon während der Präsidentschaft von Bill Clinton begonnen hatte, nämlich eine rigorose Obstruktionspolitik gegen den demokratischen Amtsinhaber, wurde beim Amtsantritt von Barack Obama in verschärftem Maße fortgesetzt. Dem Präsidenten, der durchaus gewillt war, auch parteiübergreifend zusammenzuarbei- ten, schlug eine rücksichtslose Fundamentalopposition entgegen. Das typischste Beispiel war die vom Präsidenten in Angriff genommene Gesundheitsreform. Dabei war deren Konzept im Grunde ein Kompromiss, mit dem den zu erwartenden repu- blikanischen Einwänden gegen einen unangemessen großen Staatseinfluss und die

Belastung der Wirtschaft entgegengetreten werden sollte. Angeknüpft wurde an das Modell des früheren republikanischen Gouverneurs von Massachusetts Mitt Romney. Nicht die Arbeitgeber sollten ihre Arbeitnehmer krankenversichern, sondern die Bürgerinnen und Bürger sollten für ihre eigene Versicherung sorgen müssen. Zuständig sollten weiterhin im Wesentlichen die privaten Krankenversicherungsträger sein. Spätestens die demokratische Idee, das private Versicherungsangebot durch ein staatliches Angebot (*public option*) zu ergänzen, brachte aber die Versicherungsbranche auf den Plan. Mit demagogischer Propaganda, die oft die Tatsachen verdrehte, wurde die Reform als sozialistisches Machwerk verteufelt. Die Republikaner wurden mit erheblichen finanziellen Mitteln bedacht, um gegen die sogenannte *Obama Care* zu opponieren, und plötzlich wurde ein Kompromiss zum Sinnbild eines übermächtigen, die Bürger bevormundenden Staates. Ähnlich widerfuhr es Obama bei der Rettung der Autoindustrie und der Banken und seinem gigantischen Konjunkturpaket, alles Projekte, die bereits von seinem republikanischen Vorgänger George W. Bush begonnen worden waren. Dass diese Maßnahmen entscheidend dazu beitrugen, die Rezession zu bremsen, und den Steuerzahler im Endeffekt doch nicht übermäßig viel kosteten, wurde bewusst ignoriert. Stattdessen wurden die Maßnahmen als Beweis gewertet, dass das Washingtoner Establishment mit »Wall Street« unter einer Decke stecke und dass die Bürger/innen mit ihren Steuern die Misswirtschaft der Finanzoligarchen finanzierten.

Kooperationsverweigerung

Von den Konservativen wurden alle Maßnahmen Obamas, insbesondere *Obama Care*, als freiheitsgefährdendes *Big Government* hingestellt. Nicht zuletzt der Kampf gegen die Reform des Gesundheitswesens war aber auch eine wesentliche Ursache für das Aufkommen der *Tea Party*, die sich gegen das Washingtoner Establishment richtete, gegen die Subventionierung des Big Business, aber auch ganz generell gegen den Wohlfahrtsstaat. Das Ganze geschah vor dem Hintergrund eines auch auf linker Seite (*Occupy*-Bewegung) heftig kritisierten Missstands, dass es nämlich den Superreichen immer besser geht, der Mittelstand aber verschwindet und normale Bürger/innen kaum noch in der Lage sind, sich und ihren Kindern ein besseres Leben zu erarbeiten.

Die *Tea-Party*-Fraktion der Republikaner trieb ihr antistaatliches und besonders anti-bundesstaatliches Programm dabei ins Extreme, indem sie von den republikanischen Kongressabgeordneten und Senatoren verlangte, der Regierung Obama jegliche Kooperation zu verweigern. Wer nur die geringste Kooperationsbereitschaft zeigte, wurde in den Vorwahlen aufs Korn genommen und mit einem Gegenkandidaten bedacht. Zwar stellte die *Tea Party* innerhalb der sich gerne als *Grand Old Party* (G.O.P.) bezeichnenden Republikanischen Partei nur eine Minderheit dar. Da die Beteiligung an den Vorwahlen (*Primaries*) für die Kongresswahlen aber meist gering ist, gelang es deren radikalen Aktivisten häufig, renommierte G.O.P.-Politiker durch Neulinge zu ersetzen, denen es nur um die Durchsetzung der reinen konservativen Lehre und nicht um Zusammenarbeit ging. Mit ihrer Drohung an den Rest der Partei, all diejenigen, die sich nicht in die Phalanx der Kooperationsverweigerer einreihen, ebenso den Garaus zu machen, schworen sie die gesamte Partei auf den

in der amerikanischen Bevölkerung eigentlich verhassten Kurs der Nichtkooperation ein.

Nachdem viele Obama bei den ersten Zwischenwahlen seiner Amtszeit die Gesundheitsreform übel genommen hatten und das Repräsentantenhaus mehrheitlich republikanisch wurde, geriet die Gesetzgebung in einen fast konstanten Lähmungszustand, der besonders an dem sich wiederholenden Streit, ob die Verschuldungsgrenze angehoben werden soll oder nicht, sichtbar wurde. Die *Tea-Party*-Anhänger betrieben hier bewusst das Spiel mit dem Feuer, denn die wirtschaftlichen Auswirkungen einer Zahlungsunfähigkeit der USA wären katastrophal gewesen. Über den permanenten Stillstand (*grid lock*) in Washington wurde von der Bevölkerung zwar allgemein lamentiert, aber paradoxerweise wurden nicht die für das Nichtstun Hauptverantwortlichen, die von ihrem *Tea-Party*-Flügel getriebenen Republikaner, von den Wählerinnen und Wählern abgestraft, sondern die Demokraten, die bei der letzten Zwischenwahl auch ihre Senatsmehrheit verloren. Der *grid lock* verstärkte sich auf diese Weise nur weiter, denn ohne irgendeinen Rückhalt im Kongress wurde es Obama gänzlich unmöglich, irgendein Vorhaben auf dem Gesetzgebungsweg zu realisieren. Die Bürger stellten aber schlicht fest, dass in Washington nichts passiert und niemand an das Gemeinwohl denkt, so dass sich nicht nur Apathie, sondern regelrechte Aversion gegen den Apparat breit machte. Während von der Linken vor allem das oligarchische Wirtschaftssystem kritisiert wurde, entwickelte sich im rechten Spektrum eher massive Wut gegen alles Staatliche, die vor allem auch aus dem Gefühl resultierte, dass der »amerikanische Traum«, die soziale Leiter innerhalb seiner eigenen Lebenszeit hochklettern zu können, offenbar zu einer Illusion geworden ist. Schuldig machte man dafür vor allem eine überhöhte Besteuerung, die hohe Anzahl illegaler Einwanderer und die Bevormundung durch den Staat. Besonders bei weißen Männern, die das Gros der Wutbürger ausmachen, kamen oft rassistische Grundeinstellungen hinzu, etwa die Angst vor Überfremdung durch Farbige und Latinos.

Regierungserfahrung ist vielen suspekt

Die Antipathie, nicht nur gegen die Regierung, sondern gegen Washington insgesamt, spiegelte sich auch in den republikanischen Debatten um die Präsidentschaftskandidatur wider. Wer Regierungserfahrung mitbrachte, war von vornherein suspekt; das Argument dagegen, nur ein Außenseiter, der nicht durch den Washingtoner Sumpf korrumpiert sei, könne Amerika wieder auf den richtigen Weg bringen, stand hoch im Kurs. Dass ein Außenseiter, der nicht auf einen starken Rückhalt im Kongress verfügt, erst recht keine Chance haben dürfte, seine Vorhaben zu realisieren, wurde bei dieser mehr von Wunschenken als von Realismus gespeisten Vorstellung übersehen. So erklärt es sich vielleicht auch, dass unter den republikanischen Präsidentschaftsbewerbern gleich drei keinerlei legislative oder exekutive Erfahrung vorzuweisen hatten: die frühere Hewlett-Packard-Managerin Carly Fiorina, der Kinderneurochirurg Ben Carson und der Baumogul Donald Trump. Letzterer hat es dabei in besonderer Weise verstanden, die Stimmung in der Bevölkerung für sich zu nutzen. Seine Botschaft ist einfach und scheint für viele trotz – oder gerade wegen – ihrer Simplität zu überzeugen. Er spricht die Dinge so an, wie sie (angeblich) sind. Er

inszeniert sich, mit Verweis auf seinen Erfolg als Wirtschaftsboss, als Macher. Und er will, dass die Amerikaner wieder profitieren: Keine Jobs mehr ins Ausland! Weg mit den Handelsdefiziten mit Mexiko und China! Die Feinde Amerikas müssen radikal bekämpft werden! Kurz gesagt, mit ihm soll Amerika »wieder groß werden«.

Trump appelliert dabei oft an die niedrigsten Gefühle seiner Anhänger: Ausländer, vor allem aus Mexiko, sind im Wesentlichen Verbrecher, Drogenhändler und Vergewaltiger. Allen Muslimen soll bis auf Weiteres die Einreise in die USA verwehrt werden. Terroristen sollen der Folter in Form des *Waterboardings* unterzogen werden, und der »Islamische Staat« soll in Grund und Boden gebombt werden. Das sind Forderungen, die zum großen Teil rechts- und verfassungswidrig, zumindest aber schlicht nicht durchsetzbar sind. Aber das stört seine Anhänger kaum. Und so ist Trump generell nicht wählerisch bei dem, was er sagt. Die Political Correctness ist ja eines der Washingtoner Übel. Da tut es doch gut, wenn einer mal »Klartext« redet.

Er scheut aber auch nicht davor zurück, seine Gegner in manchmal übelster Weise zu beleidigen. Über die einzige Frau im republikanischen Kandidatenfeld, Carly Fiorina, sagte er, wer würde schon eine Kandidatin mit solch einem Gesicht wählen. Seinen jugendlich wirkenden Gegenkandidaten Marco Rubio pflegte er zu verhöhnen und ihn als Leichtgewicht, als »kleinen Rubio«, darzustellen. Seinen letzten verbleibenden ernsthaften Konkurrenten Ted Cruz bezeichnete er konstant als »Lügen-Ted« (»Lying Ted«). In einer Versammlung öffte er einen behinderten Journalisten nach. Nicht selten verletzen seine Äußerungen jegliche Anstandsregeln. So ließ er einen seiner Anhänger mit deutlicher Zustimmung einen Gegenkandidaten als *Pussy* bezeichnen. Über Hillary Clinton sagte er, einen jiddischen Ausdruck für Penis benutzend, sie sei von Obama seinerzeit in den Vorwahlen *ge-shlonged* worden.

»Der Donald« bricht so ein Tabu nach dem anderen. Die Presse dankt es ihm mit kostenloser Berichterstattung. Das Ganze scheint durchaus kalkuliert, kommt aber auch dem narzisstischen Naturell eines Mannes entgegen, der sich in einer Fernsehshow einige Zeit vor seiner Kandidatur nicht zu blöd vorkam, seine derzeitige Frau, ein slowenisches Model, als gut im Bett zu bezeichnen. Die *Primary*-Wähler, republikanische wie unabhängige, die ihm in Scharen zugelaufen sind, haben ihm solche Ausfälle bisher nicht übelgenommen. In Vielem fühlt man sich an Silvio Berlusconi in Italien erinnert. Auch der Vergleich mit der deutschen Rechten wie Pegida und AfD drängt sich auf, denn auch dort setzt man sich bewusst über gesellschaftliche Verhaltensnormen hinweg und artikuliert ohne Hemmungen Ressentiments gegen Ausländer oder Andersgläubige.

So erfolgreich sich Trump mit dieser Strategie und diesem Verhalten bisher erwiesen hat, so wenig erfreut ist die G.O.P. Nicht nur, dass ihn viele nicht als wahren Konservativen betrachten. Wenn er staatliche Investitionsprogramme befürwortet, um die marode Infrastruktur in den USA zu verbessern, passt dies nicht in die Vorstellungen von Laissez-faire-Konservativen, schon gar nicht von *Tea-Party*-Aktivisten. Selbst eine Aussage wie die, dass er trotz seiner Gegnerschaft zu *Obama Care* Menschen nicht auf den Straßen sterben lassen werde, schien in ihrer wohlfahrtsstaatlichen Tendenz seinem Gegenkandidaten Cruz zu widerstreben, wie dieser auch Trumps Aussage, er würde auch mit den Palästinensern verhandeln, als unannehmbar ansieht. Er, Cruz, ste-

he ohne Wenn und Aber (*»unapologetically«*) auf Seiten Israels und werde das Atomabkommen mit dem Iran, sollte er Präsident werden, sofort in den Papierkorb werfen, eine Ansicht, die im Prinzip auch alle anderen republikanischen Kandidaten vertraten.

Problematischer für die Republikanische Partei ist aber die Tatsache, dass sich Trump relativ offen frauen- und ausländerfeindlich äußert, was ihm bei den eigentlichen Wahlen den Zugang zu entscheidenden Wählergruppen verwehren könnte. Unter vielen führenden Republikanern herrscht daher die Einschätzung vor, dass mit ihm als Kandidaten die Präsidentschaftswahl bereits verloren sei. Dabei war die ganze Totalopposition gegen Obama darauf angelegt, die gegenwärtige demokratische Präsidentschaft noch zu überstehen, um dann unter einem republikanischen Präsidenten und womöglich mit republikanischen Mehrheiten in beiden Häusern des Kongresses endlich das tun zu können, was das konservative Herz begehrt. All das scheint bei der nun sicheren Nominierung Trumps auf dem Parteitag der Republikaner aber in Gefahr, denn man befürchtet, er werde nicht nur die Präsidentschaftswahl gegen seine demokratische Herausforderin Hillary Clinton verlieren, sondern dabei die Mehrheit der Republikaner im Senat, vielleicht gar obendrein im Repräsentantenhaus, gleich mitverspielen.

Vor der Wahl, erschossen oder vergiftet zu werden

Die G.O.P. hat die von Trump ausgehende Gefahr viel zu lange verkannt. Von den zwei anderen Kandidaten, die zuletzt noch im Rennen waren, hatte der – zumindest im Vergleich mit Trump und Cruz – moderate Gouverneur von Ohio, John Kasich, nie eine echte Chance, eine eigene Mehrheit für die Nominierung zu bekommen. Und das obwohl er nach Umfragen im direkten Vergleich mit Hillary Clinton die Nase vorn hätte. Der einzige Kandidat im Rennen, der sich in den Vorwahlen gegenüber Trump überhaupt etwas behaupten konnte, der texanische Senator Ted Cruz, ist ein sozial-konservativer, knochenharter *Tea Party*-Vertreter, der selbst unter seinen Kollegen wegen seiner unnachgiebigen ideologischen Haltung kaum Freunde hat. Sein Senatskollege Lindsay Graham nannte die Alternative zwischen Trump und Cruz vergleichbar der Wahl, erschossen oder vergiftet zu werden. Trotzdem schlug er sich am Ende doch auf die Seite von Cruz. Der vor allem wegen der Obstruktionstaktik der *Tea Party* als Sprecher des Repräsentantenhauses vor nicht allzu langer Zeit zurückgetretene John Boehner bezeichnete Cruz noch kürzlich als den größten Schurken (*»son of a bitch«*), der ihm je untergekommen sei.

In ihrer strikten Haltung gegen die im Land lebenden illegalen Einwanderer unterscheiden sich Trump und Cruz indes kaum. Und das obwohl sich nach der doch recht deutlichen Wiederwahl Obamas die Parteistrategen eigentlich einig waren, dass einer der entscheidenden Faktoren die Stimmen der Latinos gewesen seien und dass die nächste Wahl nur gewonnen werden könne, wenn man entscheidende Teile aus diesem Wählerblock der Demokraten herausbrechen könnte. Dass die G.O.P. mit einem Kandidaten Trump, der eine Mauer an der Grenze zu Mexiko errichten (aber auch einem Kandidaten Cruz, der alle etwa gut elf Millionen illegal Eingewanderten deportiert sehen wollte), irgendeine Anziehungskraft auf Wähler mit lateinamerikanischem Hintergrund ausüben könnte, darf bezweifelt werden.

Wie sehr die Partei die Vorstellung von einem Erfolg Trumps zuletzt beängstigte, mag man daran ablesen, dass das Klima zwischen ihm und dem republikanischen Establishment geradezu feindselig geworden war. Der von Trump wegen seiner Wahlniederlage gegen Obama als Versager titulierte Mitt Romney bezeichnete diesen als Hochstapler und Betrüger. Das scheint zwar harter Tobak unter angeblichen Parteifreunden zu sein. Wer aber die republikanischen Debatten, in denen sich die Konkurrenten skrupellos unterbrachen, anpöbelten und beschimpften, verfolgt hat, den wundert diese weitere Eskalation allerdings nicht.

Das republikanische Establishment klammerte sich zuletzt an alle Strohhalme, um Trump doch noch zu stoppen. Da er bei den meisten Vorwahlen nur relative Mehrheiten errang, schien ihm die absolute Mehrheit der Parteitagsdelegierten noch nicht gewiss. Mit massivem finanziellen Einsatz hatte es die Anti-Trump-Lobby zwar noch geschafft, ihm Anfang April in Wisconsin eine deftige Niederlage zuzufügen. Kurz darauf konnte Trump aber seine Konkurrenten in seinem Heimatstaat New York und anderen Ostküstenstaaten vernichtend schlagen. Sein ebenso klarer Sieg in Indiana, einem konservativen Staat im Mittleren Westen, auf den Cruz seine letzten Hoffnungen gesetzt hatte, führte dann zur endgültigen Aufgabe von Cruz (und Kasich). Bis dahin hatten sich die Trump-Gegner noch Hoffnungen auf einen umstrittenen Parteikongress gemacht, auf dem sie in einem zweiten Wahlgang, in dem die meisten Delegierten ungebunden sein würden, sich noch für einen anderen Kandidaten hätten entscheiden können. Auch dies hätte für die Partei aber ein Horrorzenario zur Folge gehabt. Als Inhaber einer großen relativen Mehrheit der Delegiertenstimmen im ersten Wahlgang hätte sich Trump wohl zu Recht von seiner Partei ausgebremst fühlen dürfen. Dies hätte, zumal für einen narzisstischen Menschen wie ihn, sicherlich bedeutet, dass er die Partei verlassen hätte und als unabhängiger Präsidentschaftskandidat angetreten wäre. Allerdings ist die Aversion vieler etablierter Republikaner gegen Trump so groß, dass einige ernsthaft mit dem Gedanken an einen unabhängigen Kandidaten liebäugeln. Ein Drei-Kandidaten-Rennen mit einem weiteren konservativen Kandidaten neben Trump hieße aber, den Demokraten die Präsidentschaft quasi auf einem silbernen Tablett zu präsentieren. Selbst die Resignation im Hinblick auf eine Präsidentschaft Clintons als weniger schädliche Alternative zu Trump beginnt sich unter Konservativen breit zu machen. Solch eine Ansicht hörte man jüngst sogar von einem der Koch-Brüder, die zu den einflussreichsten Geldgebern konservativer Kandidaten und damit zu den Erzfeinden der Demokraten gehören. Aber auch wenn sich alle ausgeschiedenen republikanischen Kandidaten an ihr Versprechen hielten, sich dem Parteitagsbeschluss zu beugen und den siegreichen Kandidaten zu unterstützen, ist fraglich, ob sich die gesamte republikanische Stammwählerschaft bei den Präsidentschaftswahlen hinter einen Kandidaten Trump stellen wird. Das Dilemma der Republikaner ist also perfekt.



Manfred H. Wiegandt

ist Rechtsanwalt und lebt in Massachusetts/USA. Er ist Verfasser einer Reihe von Beiträgen über US-Politik und -Verfassungsrecht.

mhw@wiegandt-immigrationlaw.com